

SPD durch die in Westdeutschland bei Wahlen übliche Hysterie belastet werden. Wir aber wollen eine sachliche Diskussion mit konstruktiven Ergebnissen. Deshalb hält es das Zentralkomitee der SED für zweckmäßig, seine Antwort auf die zweite Stellungnahme der SPD erst nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu veröffentlichen.

Wir begrüßen die positive Antwort des Parteivorstandes der SPD auf unseren Vorschlag, daß zunächst Vertreter der SPD auf einer von der SED einberufenen Versammlung und andererseits Vertreter der SED auf einer von der SPD einberufenen Versammlung die Ansichten und Meinungen ihrer Parteien vertreten. Wir haben Karl-Marx-Stadt und Essen als Versammlungsorte vorgeschlagen.

In diesem Zusammenhang müssen wir allerdings sagen: Die Mitglieder unserer Partei und mit ihnen alle Bürger der DDR bringen keinerlei Verständnis dafür auf, warum Sozialdemokraten der Name Karl-Marx-Stadt solche Schwierigkeiten bereitet, daß sie ihn in Klammern setzen. Diese Stadt heißt so, und es müßte jedem Vertreter der Arbeiterschaft Genugtuung bereiten, daß eine deutsche Stadt den Namen des Begründers der sozialistischen Arbeiterbewegung trägt.

Wir verstehen auch nicht, warum der Parteivorstand der SPD gegen eine Veranstaltung in Essen Bedenken äußert und statt dessen Hannover vorschlägt. Der Parteivorstand der SPD soll nach unserer Kenntnis ersucht worden sein, wegen der bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen auf Essen als Versammlungsort zu verzichten. Auch darin zeigt sich bereits die Nervosität und Gereiztheit der Wahlauseinandersetzungen.

Die Sache der Annäherung und Verständigung der beiden größten deutschen Parteien ist uns zu wichtig, als daß wir die offene Aussprache zwischen uns dem nicht immer mit den vornehmsten Mitteln geführten Schattenboxen bei westdeutschen Wahlen aussetzen. Natürlich werden sich die Sprecher der SED bei ihrem Auftreten in Westdeutschland sachlich, aber auch mit der gebotenen Klarheit mit den Positionen der SPD auseinandersetzen. Wir möchten jedoch verhindern, daß die CDU daraus oder aus irgendwelchen Zufälligkeiten, die auf den vorgesehenen ersten Versammlungen nicht mit Sicherheit auszuschalten sind, die Möglichkeit für demagogische Manöver gegen die SPD erhält.

Deshalb halten wir die vom SPD-Parteivorstand vorgeschlagenen Termine im Mai nicht für opportun und schlagen Termine im Monat Juli vor. Dann haben die Beratungen des Parteitages der SPD stattgefunden.